

# Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1700.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verantwortl. Red.: Gebr. Kuntze, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altkadt.

Abonnementspreis einschließlich Botenlohn monatlich 35,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 105,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 35,00 M., Einzelnummer 2,- M.

Telegraphische Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.

Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25281. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 5 gelbstehe Kommazeile 7,00 M., Familienanzeigen 3,00 M., die 5 gelbstehe Kommazeile 27,00 M. Bei mehrmaliger Aufnahme Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgedruckten Tagen. Für Briefüberlegung 2 M.

Nr. 152

Dresden, Montag den 3. Juli 1922

33. Jahrg.

## Arbeiter, Angestellte, Beamte! Männer und Frauen!

### Partei- und Gewerkschaftsgenossen!

Die Gefahr der Konterrevolution ist noch nicht beseitigt; die Feinde der Republik rüsten nach wie vor weiter. Um dem zu begegnen, sollen die nationalistischen Mordmörder durch ein Gesetz zum Schutze der Republik die verdiente Strafe erhalten und der Reaktion für weitere Angriffe der Boden entzogen werden.

Gegen dieses Gesetz, das morgen Dienstag im Reichstage zur Beratung steht, laufen die Feinde der Republik Sturm. Sie wollen verhindern, daß die feigen Mörder und ihre Helfershelfer abgeurteilt werden. Die Zentralinstanzen der unterzeichneten Organisationen rufen deshalb die gesamte Bevölkerung zu einer

### machtvollen Kundgebung

## Nieder mit der Konterrevolution!

### Auf zur geschlossenen Demonstration zum Schutze der Republik!

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Ortsausschuß Dresden. Allgemeiner freier Angestelltenbund, Ortskartell Dresden. Sozialdemokratische Partei Dresden. Unabhängige Sozialdemokratische Partei Dresden. Kommunistische Partei Dresden.

Die Demonstration und die Durchführung der Arbeitsruhe für den Plauenschen Grund findet in der gleichen Weise und zu der gleichen Zeit auf dem Markt in Freital-Botschappel statt.

## Auf dem Wege zur Einheit

### Die U. S. P. zum Eintritt in die Regierung bereit

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 3. Juli. Der Reichsausschuß der Unabhängigen Sozialdemokratie, der am Sonntag im Reichstag zu einer Sitzung zusammengetreten war, schloß mit großer Mehrheit den Beschluß, die Verneinung jeder Koalition anzugeben und in die Regierung einzutreten. Dieser Beschluß wird von keinerlei Bedingungen abhängig gemacht, sondern als Grundlage der kommenden Politik verlangt. Der Reichsausschuß lediglich die Bewirkung der von den Gewerkschaften und von den sozialistischen Parteien aufgestellten Forderungen zum Schutze der Republik. Bevor dieser Beschluß gefaßt wurde, hatten innerhalb der unabhängigen Reichstagsfraktion über den genannten Punkt ausführliche Diskussionen stattgefunden. Innerhalb der unabhängigen Fraktion war die Stimmung überwiegend für den Eintritt in die Regierung. Gefördert und gewissermaßen zu einer Entscheidung gezwungen wurde diese Stimmung durch einen Brief, den der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am Sonntag an die unabhängige Parteileitung richtete und in dem klipp und klar die Frage gestellt wird, ob die Unabhängigen bereit sind, in die Regierung einzutreten.

Der erfreuliche Beschluß des unabhängigen Reichsausschusses bedeutet vor allem eine Klärung der Richtung und damit vor allem einen großen Schritt vorwärts auf dem Wege zur Einheit. Wir verzichten heute auf jede Kritik, das eine aber muß doch gesagt werden: Wäre dieser Beschluß früher zustande gekommen, dann hätten wir die notwendige Aktion zum Schutze der Republik nicht so teuer mit dem Blute hervorragender Republikaner bezahlen müssen, wie das der Fall gewesen ist. Mit dem Beschluß der Unabhängigen ist nun naturgemäß die Erweiterung der Koalition nach links noch nicht vollendet. An der augenblicklichen Regierungskoalition sind auch zwei bürgerliche Parteien beteiligt, deren einzige Sehnsucht bisher eine Erweiterung der Regierung nach rechts war. Durch die Not der Zeit gezwungen, ist aber trotzdem mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß das Zentrum bereit ist, ein Regierungsverhältnis auch mit den Unabhängigen einzugehen, sobald die U. S. P., was wir für selbstverständlich halten, die Erklärung abgibt, daß sie sich auf den Boden der Verfassung stellt. Dafür, daß die Demokraten sich

ähnlich verhalten werden, liegt bisher leider noch kein Anhaltspunkt vor.

In einer am Sonnabend abgehaltenen interfraktionellen Sitzung, die eine Erweiterung der Regierungskoalition nach links unter anderem erörterte, zeigten sich die Demokraten äußerst zurückhaltend und schweigsam. Von der Haltung der Unabhängigen in den kommenden Tagen wird natürlich abhängen, ob sich das Zentrum und die Demokraten endgültig für eine Zusammenarbeit mit der U. S. P. entscheiden. Die Sozialdemokratie ist mit aller Energie bestrebt, eine Erweiterung der Regierung nach links nicht nur zu ermöglichen, sondern auch durchzuführen. Da immerhin, bevor das Regierungsverhältnis im Reich ein anderes wird, noch gewisse Schwierigkeiten zu überwinden sind, ist es vorläufig überflüssig, Kombinationen über die Umbildung der gegenwärtigen Regierung anzustellen.

### Aufgepaßt, Genossen!

Die Vorstände des A. D. G. B. und des Afa-Bundes haben einen gemeinsamen Aufruf erlassen, in dem sie die Arbeiter und Angestellten dringend mahnen, Parolen, die von irgendeiner anderen Seite ausgegeben werden sollten, nicht zu folgen. Wir können diese Mahnung gar nicht stark genug unterstreichen. Die gewerkschaftlichen Verbände und die beiden sozialdemokratischen Parteien haben aufrichtigen Herzens eine Zusammenfassung aller Parteien links von den Bürgerlichen zu gemeinsamer Kampf gesucht. Die Haltung der Berliner Roten Fahne und der übrigen kommunistischen Presse läßt leider nicht darauf schließen, daß die erstrebte Einheit auch verwirklicht werden wird. Die Kommunisten halten den gegenwärtigen Zeitpunkt für richtig, um über die Sozialdemokratie und die Unabhängigen mit wahren Verleumdungen herzufallen, indem sie diese Parteien unanständigweise des „Brotmachers“ beschuldigen. Sie selber haben im Reichstag mit der Rechten zusammen gegen die Betriebs- und damit für den vollkommen ungehinderten freien Brotmacher gestimmt. Obwohl sie gemeinsame Forderungen zum Kampf gegen die Reaktion mit unterschrieben hatten, arbeiten sie mit Parolen, die jene Forderungen weit zu über-

rumpfen versuchen und auch in bezug auf die Methoden, die anzuwenden sind, scheinen sie trotz allen Abmachungen ihre eigenen Wege gehen zu wollen.

In Berlin ist ein Buchdruckerstreik ausgebrochen, der in diesem Augenblick besonders verhängnisvoll ist. Nicht nur die bürgerliche Presse, auch der Vorwärts und die Freiheit wurden stillgelegt. Die Roten Fahne brach jedoch auch hier wieder alle Abmachungen und erschien am Sonnabend nachmittag in Berlin als die einzige Zeitung. Das kommunistische Blatt schwärmt für Kontrollkommissionen und Bewaffnung der Arbeiter und scheint es darauf anzulegen, die kommunistischen Anhänger in den stärksten Gegensatz zu den Mitgliedern und den andern Arbeiterparteien und auch zu denjenigen Schichten zu bringen, die sich um die Verteidigung der Republik und ihren Schutz gegen Mörderorganisationen ehrlich bemühen.

Links von den Kommunisten stehen noch kleinere, ganz verantwortungslose Gruppchen, denen gegenüber die U. S. P. ganz widerstandsunfähig zu sein scheint. So liegt die ungeheure Gefahr nahe, daß die prachtvolle Disziplin und Einheit der Arbeiter durchbrochen wird, daß hier und dort loslose Aktionen unternommen werden, die letzten Endes nur dazu geeignet sind, die geheimen Pläne der Organisation C zu fördern.

An alle Genossen sei daher die dringende Aufforderung gerichtet: Seid nicht vertrauensfelig! Laßt euch nicht von Anderen zu Torheiten verleiten, die ihr selbst und die ganze Arbeiterbewegung aufs bitterste läßen müßten. Alle Kundgebungen müssen diszipliniert und in geschlossener Reihen verlaufen. Wer gegen dieses Gebot verstößt, handelt bewußt oder unbewußt im Interesse der monarchischen Reaktion.

### Das Ziel der Dienstag-Kundgebung

Das Ziel der für Dienstag in Aussicht genommenen Demonstration geht auf die entschlossene Bekämpfung hinaus, alle zum Schutze der Republik erforderlichen geschlossenen Maßnahmen durchzuführen. In dem gemeinsamen Aufruf der Gewerkschaften und der drei Arbeiterparteien sind die dazu unerlässlichen Forderungen niedergelegt. Es gilt, für dieses Ziel auch weiter die innerhalb der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenchaft stehenden Kräfte der republikanischen Bevölkerung zu gewinnen. Der Erfolg